



**Annette Widmann-Mauz**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Staatsministerin a.D.

## Pressemitteilung

### **Widmann-Mauz MdB: Apotheken müssen unterstützt werden – Widmann-Mauz zeigt Verständnis für Apotheken-Protest**

Berlin, den 14. Juni 2023  
Anlage:

Annette Widmann-Mauz MdB  
Platz der Republik 1  
Telefon: +49 30 227 77217  
Fax: +49 30 227 76749  
annette.widmann-mauz@bundestag.de

Bürgerbüro  
Am Stadtgraben 21  
72070 Tübingen  
Telefon: +49 7071-32314  
Fax: +49 7071-33314  
annette.widmann-mauz.wk@bundestag.de

Wahlkreisabgeordnete Tübingen-  
Hechingen

**Aus Protest gegen die Gesundheitspolitik der Ampel-Regierung blieben gestern auch zahlreiche Apotheken in den Landkreisen Tübingen und Zollernalbkreis geschlossen. Die Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Tübingen-Hechingen, Annette Widmann-Mauz MdB, äußert Verständnis für die Apothekerinnen und Apotheker und fordert mehr Flexibilität für die Branche:**

„Es ist richtig, dass die Apothekerinnen und Apotheker für Ihre Interessen eintreten. Man sollte deren Forderungen auch nicht allein auf die Vergütung verengen. Es geht vor allem um Flexibilität und Entbürokratisierung und nicht zuletzt um fehlende Medikamente“, so Widmann-Mauz. Apotheken müssten eigenverantwortlich darüber entscheiden, ein nicht verfügbares Präparat gegen ein wirkstoffgleiches austauschen zu dürfen. Das müsse dementsprechend vergütet werden. Auch der Fixbetrag für Apotheker angesichts der Preissteigerungen müsse erhöht werden. Darüber hinaus müsse das System von Rabattverträgen zwischen Krankenkassen und Herstellern dringend geändert werden. Und auch die Herstellung von Medikamenten solle wieder verstärkt in Europa stattfinden, führt die Wahlkreisabgeordnete weiter aus.

„Gerade in ländlichen Regionen übernehmen Apotheken eine wesentliche Versorgungsfunktion, die in den letzten Jahren durch den Ausbau weiterer Leistungen, die Apotheken erbringen müssen, noch an Bedeutung gewonnen hat. Wir haben uns als CDU/CSU in den vergangenen Jahren für die Einführung neuer pharmazeutischer Dienstleistungen eingesetzt. Auch weitere Maßnahmen, die eine Stärkung der Vor-Ort-Apotheken bewirkt haben, wie die Erhöhung des Nacht- und Notdiensthonorars, die Erhöhung der Aufschläge für die Abgabe von Betäubungsmitteln und von anderen besonders dokumentationsaufwändigen Arzneimitteln sowie die Anpassung bestimmter Rezepturzuschläge haben wir durchsetzen können“.



Für den Apotheken-Protest zeige Annette Widmann-Mauz Verständnis. In vielen Gesprächen mit den Betroffenen habe sich der Eindruck verfestigt, dass die aktuellen Liefer- und Versorgungsengpässe bei wichtigen Arzneimitteln für die öffentlichen Apotheken eine besondere Belastung darstelle und insofern dringender Handlungsbedarf bestehe. Die Unionsfraktion habe bereits mehrfach auf das Problem hingewiesen. Unter anderem habe sie bereits im Januar in einem Antrag einen Beschaffungsgipfel gefordert, um kurz- und mittelfristige Maßnahmen für alternative Beschaffungsmöglichkeiten von Medikamenten aus dem Ausland zu diskutieren. Zudem fordere die Union bessere Verteilungswege bei bestehenden regionalen Ungleichheiten. Zukünftig wolle man die Errichtung eines Frühwarnsystems einrichten, um Engpässe besser zu erkennen und zugleich Apotheker und den pharmazeutischen Großhandel schnell ertüchtigen, sich vor Engpässen besser präventiv wappnen zu können, etwa durch eine kostendeckende Vergütung von entsprechenden Dienstleistungen und Verbesserungen in den Bevorratungsmöglichkeiten. Langfristig müsse das Ziel sein, die Lieferketten zu diversifizieren, damit Unternehmen der Pharmazeutischen Industrie Wirkstoffe von verschiedenen Herstellern beziehen können, sowie der Erhalt von deutschen und europäischen Produktionsstandorten und die Förderung von deren Ausbau, um die Lieferketten zu verkürzen.

„Leider hat die Bundesregierung bis heute auf die Vorschläge nicht reagiert. Stattdessen hat sie einen Gesetzentwurf vorgelegt, der zu spät kommt und bestenfalls nur einen Teil der Probleme löst. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird sich das Medikamentenchaos des vergangenen Winters wiederholen. Die Herausforderungen für die Aufrechterhaltung der wohnortnahen Rund-um-die-Uhr Versorgung mit Arzneimitteln und apothekenpflichtigen Medizinprodukten durch öffentliche Apotheken werden in den kommenden Jahren nicht kleiner werden“, erläutert Widmann-Mauz mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen.